



Massenpanik auf der Duisburger Love Parade, Schaller

LOVE PARADE

Razzia bei Schaller

Rund drei Wochen nach der Love-Parade-Katastrophe mit 21 Toten hat die Staatsanwaltschaft Duisburg Geschäftsräume des Veranstalters Rainer Schaller sowie zweier privater Sicherheitsfirmen durchsuchen lassen. Anfang voriger Woche erschienen die Ermittler in insgesamt sechs Objekten in Berlin, Duisburg, Essen und Köln sowie im bayerischen Taufkirchen und im fränkischen Schlüsselfeld, dem Firmensitz von Schallers Sportstudio-kette McFit. Wie aus einem bereits am 9. August erlassenen Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Duisburg hervorgeht, sollten vor allem „Daten über

die Organisationsstruktur“, „Auftragsunterlagen“ und „Personaldaten“ der auf der Love Parade eingesetzten Mitarbeiter gesichert werden. Unterdessen belegen neu aufgetauchte Dokumente der Duisburger Stadtverwaltung, dass sich die Polizei vor der Love Parade von den Organisatoren getäuscht fühlte. In einer Sitzung der Arbeitsgruppe Sicherheit („AG 4“) hatte der Düsseldorfer Polizeidirektor Jörg Schalk bereits am 18. Juni das dubiose PR-Konzept angeprangert: Die öffentlichen „Aussagen des Veranstalters“ wichen „erheblich von denen ab, die in den Sicherheitsbesprechungen benannt wur-

den“, wird Schalk in dem vertraulichen Protokoll zitiert, das dem SPIEGEL vorliegt. „Insbesondere die Aussagen zur Größe der geplanten Veranstaltung“ ließen „eine Werbestrategie vermuten, die den tatsächlichen Möglichkeiten des Veranstaltungsraumes und damit notwendigen Sicherheitsüberlegungen nicht entsprechen“. Obwohl das Gelände nur für 250 000 Besucher zugelassen war, hatten Veranstalter Schaller und Duisburgs Oberbürgermeister Adolf Sauerland stets von mehr als einer Million erwarteter Besucher gesprochen. Inzwischen hat der CDU-Politiker eingeräumt, seine Anga-

ben seien eine Marketinglüge gewesen (SPIEGEL 33/2010). Polizeidirektor Schalk hatte die „offensive Bewerbung“ mit den falschen Zahlen bereits bei der Sitzung im Juni scharf kritisiert: Der Öffentlichkeit werde „suggeriert“, dass eine Teilnahme an der Love Parade „auch bei der-



DANIEL ROLAND / AFP

art hohen Teilnehmerzahlen vollkommen problemlos möglich“ sei. In Wahrheit aber werde die „eigentliche Veranstaltungsfläche ab einer gewissen Besucherzahl überfüllt sein“; es werde „zu Rückstauungen auf den Wegführungen“ kommen. Das wiederum führe „zu einem nicht mehr funktionierenden Wegekonzept“. Dieses Szenario trat später dann auch ein. Der Tunnel, durch den Zehntausende Besucher auf das Gelände geführt wurden, barg aber noch ein anderes Risiko, das den Organisatoren der Love Parade bewusst war: Wie aus internen Unterlagen der Stadt Duisburg hervorgeht, hatten Experten bereits im April vor einer möglichen Überflutung gewarnt: „Bei Unwetter sammelt sich Wasser im Tunnel.“

STÄDTEBAUFÖRDERUNG

Länder gegen Kürzungen

Die Bundesländer machen Front gegen das Sparpaket der Bundesregierung. Sie wollen geplante Kürzungen bei der Städtebauförderung in Höhe von 2,4 Milliarden Euro nicht hinnehmen. Darauf haben sich die Bauministerien sowohl der SPD- als auch der unionsregierten Bundesländer bereits intern verständigt. Auf einer Sonderkonferenz der Bauminister am 3. September in Berlin soll ein Positionspapier verabschiedet werden, in dem die Rücknahme der Kürzungspläne gefordert wird. Peter Ramsauer (CSU), Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, hatte im Rahmen des 82 Milliarden Euro umfassenden Sparpakets der Bundesregierung wesentli-

che Teile der Städtebauförderung zur Disposition gestellt, um weitere Kürzungen im Straßen- und Schienenbau abzuwenden. Ab 2011 sollen die Programme für die Dauer von acht Jahren um die Hälfte auf rund 300 Millionen Euro pro Jahr gekürzt werden. Die Halbierung der Mittel, heißt es in einem Arbeitspapier der Landesbauministerien, führe zu „Investitionsstopps“ in den Kommunen und „könnte Arbeitsplätze und Steuereinnahmen gefährden“. Mehrere Wirtschaftsinstitute hätten errechnet, dass jeder Förder-Euro, der etwa für den Abriss von Wohnungen oder für die Sanierung von sozialen Brennpunkten ausgegeben werde, Investitionen von acht Euro auslöse. Zu den Profiteuren zählten vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Die Verfasser des Papiers verweisen zudem darauf, dass Ramsauers Ministerium selbst einen städtebaulichen Investitionsbedarf von 64 Milliarden Euro 2007 bis 2013 festgestellt hat.